

Presseinformation

BVDM kritisiert Einmischung der Politik in die Mindestlohndebatte

Berlin, 27.05.2025. Im Juni entscheidet die unabhängige Mindestlohnkommission über eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns ab 2026. Der Bundesverband Druck und Medien e. V. (BVDM) fordert die neue Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) auf, sich nicht politisch in die Mindestlohndebatte einzumischen. In einer Stellungnahme gegenüber der Mindestlohnkommission und dem Bundesarbeitsministerium kritisiert der BVDM die Drohungen aus der SPD, den Mindestlohn per Gesetz auf 15 Euro zu erhöhen, als inakzeptablen Eingriff in die Tarifautonomie.

Der BVDM setzt sich dafür ein, dass zukünftige Mindestloohnerhöhungen weiterhin am Tarifindex orientiert werden, um Beschäftigung und Tarifautonomie nicht zu gefährden. Die Festlegung des Mindestlohns muss in den Händen der unabhängigen Mindestlohnkommission bleiben und darf nicht durch politische Vorgaben beeinflusst werden.

Trotz früherer Versprechen, dass die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ein einmaliger Vorgang bleiben solle und entgegen der gerade erst im Koalitionsvertrag vereinbarten Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Mindestlohnkommission droht die SPD offen damit, erneut gesetzgeberisch einzugreifen, wenn die Kommission nicht zum gewünschten Ergebnis kommt. Aus Sicht des BVDM gefährdet dieser wiederholte Wortbruch und die damit einhergehende Einmischung der Politik die Unabhängigkeit der Arbeit der Mindestlohnkommission.

Die jüngsten Aussagen der Bundesarbeitsministerin unterstreichen die Dringlichkeit, die Unabhängigkeit der Kommission durch klare Vorgaben zu wahren und politische Einmischungen wirksam zu unterbinden. Für zukünftige Mindestloohnerhöhungen sollten Übergangs- und Bestandsschutzregelungen für tarifliche Löhne geregelt werden, um die Vereinbarungen der Sozialpartner und ihre grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie zu respektieren.

In der Stellungnahme weist der BVDM auch auf die erheblichen Auswirkungen hin, die eine überzogene Mindestloohnerhöhung mit sich bringen würde. Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage ist damit zu rechnen, dass viele Betriebe eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro, wie sie die Gewerkschaftsseite und auch die

Berlin, 27. Mai 2025

**Bundesverband
Druck und Medien e.V.**
Markgrafenstraße 15
D-10969 Berlin

Silke Leicht-Sobbe
Leitung Öffentlichkeitsarbeit

T +49 (0) 30.20 9139 171

F +49 (0) 30.20 9139 113

silke.leicht-sobbe@bvdm-online.de

www.bvdm-online.de

Unser Zeichen
sls/ef

SPD als Ziel ausgerufen haben, nicht verkraften können. Ein solch enormer Anstieg verursacht Kosten, die die Betriebe nicht ohne weiteres durch Preiserhöhungen kompensieren können.

Der BVDM fordert zudem einfachere Regelungen für Praktika, die den Berufseinstieg erleichtern, sowie die Vereinfachung der bürokratischen Aufzeichnungspflichten und der komplizierten Vorgaben zu Arbeitszeitkonten im Mindestlohngesetz.

Über den BVDM

Der Bundesverband Druck und Medien e. V. (BVDM) ist der Spitzenverband der deutschen Druck- und Medienwirtschaft. Als Arbeitgeberverband, politischer Wirtschaftsverband und technischer Fachverband vertritt er die Positionen und Ziele der Druckindustrie gegenüber Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und der Zulieferindustrie. Getragen wird der BVDM von acht regionalen Verbänden. International ist er über seine Mitgliedschaft bei Intergraf und FESPA organisiert. Zur Druckindustrie gehören aktuell rund 6.300 überwiegend kleine und mittelständische Betriebe mit mehr als 99.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten.